

Vorläufig unveränderte Steueranlage in Worb

Der Grosse Gemeinderat lehnte entsprechende Begehren der CVP ab

mhj. Eklat im Grossen Gemeinderat von Worb: Nachdem ein Vorstoss der CVP, in der Finanzplanung 1984 bis 1988 die Möglichkeit einer Steuersenkung offenzulassen, abgelehnt worden war, verliess Milan Lusser (cvp) vor Abschluss der gut einstündigen Budgetdebatte den Saal, weil ihm nach seinem in letzter Minute vorgebrachten Antrag auf Steuersenkung - er fand nur gerade eine Befürworterin - vorgeworfen wurde, er gehe undemokratisch vor.

In der Worber Finanzplanung wird die jährliche Investitionslimite auf 2,5 Millionen Franken fixiert. Weiter wird vorausgesagt, dass sich die Finanzlage ab 1985 verbessern wird und mit Ertragsüberschüssen gerechnet werden darf. Finanzvorsteher Wilhelm Nöthiger warnte allerdings vor allzu viel Euphorie: Die erfreuliche Situation könnte sich wegen heute nicht voraussehbaren Veränderungen plötzlich wandeln. Bereits sei die vor der Parlamentssitzung im «Bund» angekündigte «Morgenröte am Worber Finanzhorizont» nämlich durch ein «Tiefdruckgebiet» (Ablehnung der Maurmösl-Vorlage) getrübt worden. Gemeinderat Nöthiger warnte im besonderen vor einer Steuersenkung, «bevor wir unsere Schulden um zehn Millionen Franken haben senken können». Milan Lusser (cvp) attestierte dem Finanzplan einen guten Aufbau und wies seinerseits darauf hin, dass dieser «voller Ungewissheiten» sei. Im Anschluss an längere Ausführungen grundsätzlicher Natur wollte der CVP-Vertreter schliesslich verankert wissen, dass der Steuersatz bis 1988 um zwei Zehntel auf 2,3 Einheiten zu senken sei, falls die prognostizierten Erträge höher als erwartet ausfallen sollten. Er begründete sein Begehren unter anderem damit, dass sich Worb in bezug auf den Steuerfuss den übrigen Agglomerationsgemeinden angleichen sollte, um für Neuzuzüger und neue Gewerbebetriebe attraktiver zu werden. Seinem Begehren, das aus der Ratsmitte als «Steuerdebatte am falschen Ort» bezeichnet wurde, gab der Grosse Gemeinderat mit 31 zu 2 Stimmen nicht statt. Finanzplan und Investitionsprogramm wurden damit nach knapp einstündiger Verhandlung zur Kenntnis genommen.

Keine Steuersenkung

Mit Ausnahme der CVP stufen in der nachfolgenden Budgetdebatte alle Fraktionssprecher den Voranschlag 1984 - er rechnet bei Erträgen von 25,183 Millionen Franken mit einem Ausgabenüberschuss von 313'934 Franken - als verantwortbar ein. Man könne ihm mit ruhigem Gewissen zustimmen, wurde gesagt. Nicht die gleiche Ansicht vertrat Milan Lusser: Er habe zum Studium des Budgets nicht weniger als 50 Stunden eingesetzt und sich in jeder Hinsicht gut dokumentieren lassen, erklärte er. Er räumte zwar ein, mit dem Voranschlag sei gute Arbeit geleistet worden, bedauerte aber, dass mit einem Budget die Finanzpolitik in einer Gemeinde nicht mehr gesteuert werden könne. Es bleibe nur noch die Möglichkeit, Beschlüsse zu fassen. Weil sich das Parlament im Zusammenhang mit der Finanzplanung nicht einmal mit der Schaffung einer Möglichkeit für eine allfällige Steuersenkung habe befreunden können, beantrage er nun Nichteintreten. Der Rat stellte sich diesem Begehren mit 33 zu 2 Stimmen entgegen.¹

Im Verlauf der Beratungen meldete sich dann der CVP-Vertreter verschiedentlich mit zum Teil äusserst langfädigen Voten zum Wort, verzichtete aber mit einer Ausnahme darauf, konkrete Anträge zu stellen. Seinem Begehren, ein Exempel zu statuieren und einen Posten für Vervielfältigungsmaterial um 2000 Franken zu kürzen, wurde aber mit 16 zu 5 Stimmen nicht stattgegeben. Lusser meldete sich dann erst wieder im Zusammenhang mit dem Beschlussesentwurf und verlangte auf recht ungewöhnliche Art und Weise eine Senkung des Steuersatzes um einen Zehntel mit den Worten: «Ich möchte im Text 2,5 durch 2,4 ersetzt haben.»

Sein Begehren trug ihm seitens des SP-Vertreters René Bauer den Vorwurf ein, undemokratisch vorzugehen. Er lasse sich nicht dermassen beschimpfen, fand darauf Lusser und verliess noch vor der Schlussabstimmung den Saal. Zu später Stunde hiess das Parlament dann den Voranschlag 1984 gegen den Willen der zweiten CVP-Vertreterin gut, die Steueranlage wurde auf 2,5 Einheiten belassen.

KOMMENTAR

Grosser Gemeinderat Worb

Geduldsproben

Unerwartet kam der Eklat im Grossen Gemeinderat von Worb nicht. Seit seiner Einsitznahme im Parlament strapaziert CVP-Vertreter Milan Lusser seine Ratskollegen mit zwar fundierten, aber für einen Teil der übrigen Parlamentarier zweifelsohne schwer verständlichen und vor allem mühsam langen Voten. Bevor am Montag abend endlich jemand aufstand und den Juristen kritisierte - notabene, nachdem Lusser annähernd die Hälfte der gut dreistündigen Sitzung für die Präsentation seiner grösstenteils grundsätzlichen Überlegungen zur Worber Finanzpolitik in Anspruch genommen hatte -, waren die Worber Parlamentarier über viele Sitzungen hinweg erstaunlich langmütig gewesen. Dass Milan Lusser sich durch die Äusserung eines SP-Ratskollegen dennoch sofort als Person angegriffen fühlte und den Saal demonstrativ verliess, charakterisiert die Situation, in der sich der CVP-Politiker befindet: Er hält sich angesichts der immer wiederkehrenden Niederlagen in Finanzfragen im Parlament offenbar langsam für einen Märtyrer, dem einzig die Hoffnung bleibt, beim Volk mit seinen - zweifelsohne oft bedenkenswerten - Vorschlägen Gehör zu finden.

Man kann nicht übersehen, dass Milan Lusser es nicht versteht, sich in einen «normalen» Parlamentsbetrieb einzuordnen, und dass er zu sehr die Rolle des oppositionellen Einzelgängers sucht, mithin die Politik weiterführt, mit der schon sein Vorgänger im Grossen Gemeinderat immer wieder aneckte. Lusser scheint nicht wahrhaben zu wollen, dass ein Parlament niemals in erster Linie der Selbstverwirklichung einzelner Ratsmitglieder dienen kann - mögen diese sich noch so sehr um das Gemeinwohl sorgen und ihre ganze Freizeit (wohl auch einen Teil der Arbeitszeit) in die Vorbereitung der Geschäfte investieren. Ein Parlament muss immer als Ganzes funktionieren, muss immer nach dem Konsens streben, zu dem sich am Ende eine Mehrheit bekennen kann. Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg ist dabei unumgänglich. Sie wird aber verunmöglicht, wenn ein einzelner sich dazu berufen fühlt, notorisch als Schulmeister aufzutreten - selbst wenn er meist wirklich Fundiertes zu sagen hat. C'est le ton qui fait la musique.

Die Rüge des SP-Parlamentariers an die Adresse von Milan Lusser war, so gesehen, Ausdruck eines seit langem schwelenden Unmuts über die selbstherrliche Art, in welcher der CVP-Politiker ab und zu über die Zeit seiner Ratskollegen einfach «verfügt», verfügen kann, weil es im Worber Parlament keine Redezeitbeschränkung gibt. René Bauer drückte mit seinem Votum aber wohl auch sein Unbehagen darüber aus, dass Lusser einen ganzen Abend lang zwar angebliche oder tatsächliche Mängel in Finanzplan und Budget aufgezeigt, aber nur einen einzigen Versuch unternommen hatte, den Voranschlag seinen Vorstellungen entsprechend zu ändern - bevor er dann mit dem Antrag auf Steuersenkung in allerletzter Minute einen Überraschungscoup zu landen versuchte.

Es gibt in der Politik immer wieder Gewinner und Verlierer. Auch wenn die Verlierer an sich im Recht gewesen wären, haben sie einen demokratisch gefällten Entscheid zu akzeptieren. Damit tut sich der CVP-Vertreter im Worber Parlament manchmal schwer, zu schwer.

Marianne Heimoz

Worb: Die Steueranlage ist erneut umstritten

Die CVP empfiehlt den Stimmberechtigten den Voranschlag für das Jahr 1984 zur Ablehnung

Nicht ganz erwartet hat die Worber CVP-Sektion im Hinblick auf die Budget-Abstimmung vom kommenden Wochenende die Nein-Parole herausgegeben. Der Christlichdemokrat Milan Lusser (Mitglied des Grossen Gemeinderats) begründet diese Haltung in der folgenden Stellungnahme. Und Gemeindepräsident Walter Trindler beleuchtet anschliessend das Thema gewissermassen von der anderen Seite.

Milan Lusser (cvp), Mitglied des Grossen Gemeinderates

Worb hat mit 2,5 eine der höchsten Steueranlagen der Region. Hohe Steuersätze haben die Tendenz, so zu bleiben, weil das Steuersubstrat sich dorthin verlagert, wo bereits tiefere Steuersätze bestehen. Das ist genau, was wir gegenwärtig erleben (Muri, Kehrsatz, Köniz sind daran, den Steuersatz zu senken).

Die Finanzpolitik der Gemeinde Worb hätte deshalb seit Jahren darauf Rücksicht nehmen sollen. Sie hat stattdessen durch relative Grosszügigkeit des Angebots (schöne Schulen, Sportanlagen usw.) den Mangel an steuerlicher Attraktivität zu kompensieren versucht.

Demgegenüber ist die CVP der Meinung, dass es höchste Zeit sei, eine Finanzpolitik zu betreiben, bei welcher Schuldentilgung, Aufrechterhaltung eines angemessenen Investitionsniveaus und Verringerung des Steuergelbes in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn diese drei Ziele nicht konsequent miteinander angestrebt werden, wird Worb ständig hintennachhinken. Andere Gemeinden werden neue Arbeitsplätze und gute Steuerzahler erhalten.

Die CVP hat im Grossen Gemeinderat deshalb beantragt, im Finanzplan 1984/ 88 festzuhalten, allfällig höhere als geplante Ertragsüberschüsse in angemessener Weise auch dem Steuerzahler zukommen zu lassen und bis 1988 eine Senkung des Steuersatzes um zwei Zehntel wenigstens anzustreben. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Damit wurde klar, dass jedenfalls bis 1989 keine Steuersenkung ins Auge gefasst wird.

Die Frage muss somit vom Stimmbürger entschieden werden. Ist er bereit, der Politik einseitiger Prioritäten und der Aufrechterhaltung des hohen Steuerfusses zuzustimmen?

Die CVP ist der Meinung, dass bisher die Schuldentilgung trotz der von dieser Partei mit Hilfe der Stimmbürger erreichten Steuersenkung von 1980 keineswegs zu kurz gekommen ist; jedoch haben sich die Ausgaben (auch dort, wo sie in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen) weit über die Teuerung erhöht. Entweder fehlt es am Willen zu einer rigorosen Kostenkontrolle, so wie sie auch in der Privatwirtschaft gegenwärtig mit grossem Erfolg praktiziert wird, oder es mangelt an den Führungsinstrumenten. Der Stimmbürger kann dies ändern, indem er die für Ausgaben zur Verwendung stehenden Mittel beschränkt. Sonst ist zu befürchten, dass künftige Mehreinnahmen nicht nur für die Schuldentilgung, sondern auch für unverhältnismässige Ausgabensteigerungen verwendet werden.

Eine Steuersenkung ist durchaus vertretbar und zwingt die Gemeinde, die Kostenentwicklung ernsthaft in den Griff zu nehmen. Es stimmt einfach nicht, dass hierfür kein Raum mehr bestehen soll. Auch wird das Jahr 1983 eine massive Einnahmensteigerung bringen, in der Grössenordnung von rund einer Million. Auch die Rechnungen früherer Jahre schlossen mit erheblichen Ertragsüberschüssen ab. Das Budget 1984 enthält zudem noch beachtliche Reserven. Die Schuldenlast ist erheblich abgetragen worden, die ungedeckte Schuld beträgt noch 15 Millionen Franken, die Nettozinslast erscheint nur noch 10 Prozent anstatt 16 Prozent (wie vor 8 Jahren) der Haushaltmittel.

Der auch nach einer Senkung noch hohe Steuerfuss von 2,4 wird bei entsprechender Spar- und Investitionspolitik eine genügende Schuldenrückzahlung nicht gefährden.

Wer einen kostenbewussteren und sparsameren Haushalt der Gemeinde und eine Annäherung der Steueranlage an die Region will, lehnt daher das Budget 1984 ab.

Für das Budget

Von Walter Trindler, Gemeindepräsident

Alle Jahre wieder, wenn die Blätter fallen, tritt die CVP mit ihrer Opposition gegen den Worber Voranschlag in Aktion.

Sicher, die Zielsetzung einer Steuersenkung ist für den Bürger eine populäre Forderung; denn wer bezahlt schon gerne Steuern. Angesichts der Argumente, die im Gemeindeparlament vorgebracht wurden, sei aber die Frage erlaubt, ob nicht politische Sonderinteressen einer realistischen Aufgabenerfüllung durch die Gemeinde vorgezogen werden.

Dem Budget 1984 wurde attestiert, es zeige einen glänzenden Abschluss (bei einem Ausgabenüberschuss von 313'000 Franken)! Andererseits enthalte der Voranschlag auf Grund unzutreffender Vorgaben zahlreiche Reserven. Kritisiert wurden die Zunahme der Stellvertretungskosten an den Schulen und die Unterhaltskosten der Gebäude. Als konkreter Sparvorschlag resultierte aber nur ein einziger Antrag zur Senkung eines Aufwandpostens um 2000 Franken.

Ohne ein Wort der Begründung wurde aber der Antrag gestellt, den Steuersatz um einen Zehntel zu senken. Man hätte keine Bedenken, einem Ausgabenüberschuss von über 1 Million Franken zuzustimmen. Handelt es sich hier noch um eine sachliche Finanzpolitik oder stehen nicht vielmehr politische, vielleicht sogar persönliche Einzelinteressen im Vordergrund? Auf Kantons- wie auf Bundesebene verfolgt die CVP nämlich andere Ziele.

Es ist richtig, dass die Gemeinde Worb im Vergleich innerhalb der Agglomeration Bern einen hohen Steuerfuss hat. Es ist aber falsch zu glauben, diese Tatsache lasse sich allein mit einer Steuersenkung korrigieren, die unsere Gemeinde für grosse Zahler attraktiv machen soll. Dazu müsste auch das notwendige Bauland an bevorzugter Lage bereitgestellt werden. Wie aber Einzonungsbegehren - auch entscheidungspflichtige - vom Bürger beurteilt werden, zeigt der kürzlich gefallene Entscheid «Maurmösi». Der Gemeinderat verfolgt eine realistische, der Situation unserer Gemeinde entsprechende Finanzpolitik. Diese wird auch vom Grossen Gemeinderat mit grosser Mehrheit gegen die CVP unterstützt.